

**Kommentar – Partizipation durch Mitsprache – Engagement als freiwillige Mitarbeit:
Gemeinsamkeit und Unterschiede**

AG 10 Sitzung am 14.11.2014

1. Es gibt eine eindeutige Tendenz bei allen ReferentInnen, die ich vollends teile: Der Begriff des bürgerschaftlichen Engagements muss wieder stärker in seinen politischen Implikationen deutlich werden. Dieser Befund hat eine deskriptive und eine normative Seite.
 - Deskriptiv wird ein Wachstum von Engagementformen wahrgenommen, die im Sinne der Selbstwirksamkeit (Roth) oder des Eigensinns (Klein) auf Beteiligung und Gestaltung abzielen: Neuestes Beispiel sind freiwillige Initiativen zur Flüchtlingsarbeit, die sich nicht darauf beschränken, Kleider zu sammeln, sondern kritische Rückfragen an eine defizitäre politische Willkommens- und Anerkennungskultur stellen oder gegen fremdenfeindliche Angriffe Stellung beziehen. Auf der anderen Seite wird die Abnahme der Beteiligung an den klassischen repräsentativen Politikprozessen wahrgenommen. Politische Partizipation verschiebt sich von der „Bürgerpflicht“ der formellen Wahlbeteiligung und Parteiarbeit zu einer Vielfalt von Beteiligungsformen und Öffentlichkeitsforen (Behringer).
 - Normativ: Wenn uns an einer vitalen Demokratie gelegen ist, müssen wir für bürgerschaftliches Engagement Brücken bauen, die sein politisches Potenzial zur Geltung bringen: In die Welt der Institutionen wie Schulen, Kindergärten, kommunale Verwaltungen, soziale Beratungsstellen als ernsthaft gemeinte Koproduktion. Aber auch in die „klassische Welt“ der repräsentativen Politik, die durch neue Formate der Bürgerbeteiligung (als ernsthaft gemeinte Governance) eine willkommene „Blutauffrischung“ erhalten kann. Das politische Potenzial und der Gestaltungswille des freiwilligen Engagements können sich nur durch eine entsprechende Offenheit auf Seiten der Institutionen entfalten (Evers). Dies ist nicht selbstverständlich und stößt auf Widerstände und Beharrungskräfte. Bürgerschaftliches Engagement ist daher auch ein politischer „Kampfbegriff“ (Roth).
2. Diese Erweiterung des Politikverständnisses ist notwendig, sie birgt aber auch Gefahren. Plötzlich könnte alles politisch werden: Der ehrenamtliche Trachtenvereinsvorsitzende, der mit dem Bürgermeister kungelt, ist dann nicht weniger politisch als eine Bürgerinitiative gegen Stromtrassen. Diese Allgegenwärtigkeit des Politischen liegt auch – wie Behringer anmerkt – in

einer gewissen Eigenheit des Deutschen Verständnisses von Freiwilligenarbeit, die, so möchte ich hinzufügen, einen geschichtlichen Hintergrund hat: Wir haben leidvoll erfahren, dass scheinbar so „unpolitische“ Begriffe wie Geselligkeit, Ehrenamt oder Gemeinschaft einen latenten politischen Kern haben, der sehr problematisch sein kann (als „Volksgemeinschaft“ etwa). Deswegen sind wir extrem hellhörig.

3. Dennoch: Wäre alles politisch, dann würde der Begriff entweder trivial werden oder eine Beteiligungspflichtigkeit allen Engagements unterstellen, die nicht weit von politischem Dogmatismus entfernt ist. Wo also, das wäre meine Frage, finden wir die neuen Grenzverläufe vom politischen zum unpolitischen oder vopolitischen Raum? Hilfsbegriffe wie „Subpolitik“ (Klein) sind mir da zu unspezifisch. Hier gibt es unterschiedliche Antworten: Evers scheint auf Giddens Begriff der „Politik der Lebensstile“ zurückzugreifen, Klein auf das Habermasche Verständnis von Öffentlichkeit (deliberative und assoziative Öffentlichkeit). Beide Ansätze können fruchtbar sein, aber sie setzen unterschiedliche Akzente. In beiden Fällen wird der Politikbegriff „kulturalisiert“. Aber da schwimmen dann auch leicht die Grenzen und Bezüge: Ist zum Beispiel ein modernes Familienleben, das nicht mehr autoritär, sondern demokratisch organisiert ist, indem es Kinder mitbestimmen lässt, schon Teil des Politischen? Im Sinne einer Politik der Lebensstile: ja. Aber nicht bezogen auf einen gesonderten Raum von Öffentlichkeit. Ohne hier weiter in die Tiefe gehen zu können: Ich halte es für sehr lohnenswert, an philosophische und politikwissenschaftliche Überlegungen anzuschließen, die Rahel Jaeggi (Politik als Kritik der Lebensformen) oder Bernhard Peters (Politik als Vielfalt unterschiedlicher Öffentlichkeiten) vorgelegt haben. Ebenso fruchtbar könnte es sein, Deweys Unterscheidung von community und public zu konkretisieren. Alle diese Ansätze favorisieren ein prozedurales Politikverständnis: So können scheinbar unpolitische Lebensformen plötzlich zum politischen Problem werden oder sich politisieren, so wie private Räume der Gemeinschaft sich zu öffentlichen Räumen des politischen Diskurses erweitern können.
4. Ich bin nicht der Meinung, dass die politisch Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen eine Strategie der Entpolitisierung des freiwilligen Engagements verfolgen, wie es Roland Roth anzunehmen scheint. Ich sehe sie von widersprüchlichen Kräften angetrieben. Die Ausweitung und Verstetigung der Förderprogramme gegen Rechtsextremismus durch das BMFSFJ steht für eine sich politisch verstehende Engagementpolitik. Ebenso die weiter zurückliegenden Anstrengungen der lokalen Agenda 21, die von vielen Bundesländern gefördert wurden. Auch die „politische Klasse“ kann auf Dauer nicht ohne politische Legitimation auskommen, auch sie treibt es um, wenn immer weniger Menschen zur Wahl gehen, auch sie sucht nach neuen Wegen der Beteiligung, zum Beispiel durch Mitgliederbefragungen in Parteien bei wegweisenden Entscheidungen. Zudem sind scheinbar unpolitische Konzepte wie jenes der „sorgenden Gemeinschaften“, das im Zentrum des Zweiten Engagementberichts steht, so, wie sie derzeit diskutiert werden, hoch politisch aufgeladen (etwa im bewussten Bezug auf Hannah Arendts Neudeutung der griechischen Polis).

5. Der Diskurs um die politische Seite des bürgerschaftlichen Engagements ist (wieder) eröffnet. Das ist bitter notwendig in einer Zeit, in der man manchmal schon den Eindruck gewinnen kann, die zivilgesellschaftlichen Kräfte würden ein wenig an Schwung verlieren und Engagementpolitik könnte, statt sich kraftvoll einzumischen, zur „zahnlosen Bindestrichpolitik“ (Roth) verkümmern. Man wünscht sich, dass dieser neu begonnene Diskurs hörbare Signale aussendet. Das kann er nur, wenn er in einer gemeinsamen Arena geführt wird und jene Kräfte bündelt, die in der Vergangenheit sich eher dem Thema Beteiligung verschrieben und jene, die mehr zum Engagement tendiert haben. Ansgar Klein hat die Gefahren aufgezeigt, sollte diese Scheidung fortbestehen: Folge wäre eine weitere Instrumentalisierung des Engagements, ohne auf seinen politischen Eigensinn zu achten bzw. eine Verengung des politischen Engagements auf eine vernachlässigbare Restgröße. Wenn sich der Diskurs wieder in neue Sonderarenen auslagert, wird nichts gewonnen sein. Wir müssen ihn im Gegenteil noch um weitere Teilnehmende bereichern: Jene Bewegungen etwa, die sich mehr um den Allmendediskurs zusammenfinden, oder die vielen jungen Initiativen der shared economy.

Autor:

Dr. Thomas Röbbke ist Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement Bayern e.V.

Kontakt: Roebke@lbe-bayern.de

Redaktion:

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

- Geschäftsstelle -

Michaelkirchstr. 17-18

10179 Berlin-Mitte

+49 (0) 30 6 29 80-11 5

[newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

www.b-b-e.de